

Die wirtschaftliche Annäherung in der Münzfrage. Großmann.

Seine These „Jedenfalls müßte die Vorbedingung für ein Zollbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sein, daß die Oesterreichisch-ungarische Bank zur Vereinfachung der Noten verpflichtet würde“ ist etwas weitgehend und verrät allzusehr den Gegner des Zollbündnisses. Diehl stellt die Forderung nach Aufnahme der Barzahlungen in der Monarchie merkwürdigerweise unmittelbar nach einer Würdigung der Devisenpolitik unserer Notenbank, die seit 1896 bis zum Ausbruch des Krieges die Wertbeständigkeit der heimischen Währung mit den Ländern der Goldwährung sicherte. Diese Sicherung ist ihm anscheinend unzureichend, weil sich in diesem Zeitraum nie und da geringfügige Abweichungen vom mathematischen Parität ereigneten, die jedoch nie ein volles Prozent erreichten. Wahrscheinlich eine Sicherung der Valuta bis auf maximal 1 Prozent in Zeiten außerordentlicher Krisen wie 1907 wäre zureichend, vom Währungsstandpunkt jede Zollgemeinschaft zu rechtfertigen. Diehl schießt über sein Ziel, das offenkundig wieder nur die Sicherung der Stabilität des Wechselkurses zwischen Deutschland und der Monarchie sein kann, indem er die Aufnahme der Barzahlungen fordert. Es ist gewiß heute weniger denn je der Zeitpunkt gegeben, den alten Streit über die Aufnahme der Barzahlungen neu aufzunehmen, aber immerhin sei an dieser Stelle neuerdings gesagt, daß nicht die Aufnahme der Barzahlungen, die in das Kapitel der Ordnung des Geldwesens im Inlande, sondern die Sicherung des festen Kurses zur Auslandswährung das letzte Ziel jeder Währungspolitik ist. Der feste Kurs dem Ausland gegenüber kann jedoch dauernd nur bei aktiver Zahlungsbilanz gesichert werden. Ist die Zahlungsbilanz unerschütterlich aktiv, dann mag die Barzahlung als erfreulicher Luxus, der den Goldbestand um das umlaufende Gold vermehrt, immerhin aufgenommen werden. Unerlässlich ist sie zur Erreichung dieses Zieles nicht. Ist die Zahlungsbilanz jedoch passiv, dann ist die Aufnahme der Barzahlung wirkungslos und auf die Dauer undurchführbar, da das Gold aus der inländischen Zirkulation rasch bis zur Erschöpfung des Vorrates ins Ausland abströmt. Man kann sich wohl, wie schon bemerkt, dem Eindruck nicht entziehen, daß Diehl nicht ganz ohne Absicht Unwahrscheinliches fordert.

In allerjüngster Zeit hat nun erst ein Dritter zum Problem Stellung genommen. In den vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Schriften**) äußert sich G. F. Knapp zu den Vorschlägen v. Philippovichs und Diehls. In der ihm eigenen scharfen Beschränkung auf sein engeres Fach läßt er auch die eigene Meinung zu Worte kommen. Er lehnt den Münzbund als unwahrscheinlich und unwirksam, die Aufnahme der Barzahlungen als kaum erreichbar ab, und unterscheidet zwei Möglichkeiten: Wenn in beiden Reichen nach dem Kriege das Agio der Goldmünzen verschwinden würde, ergäbe sich überhaupt

keine Schwierigkeit. Er bezeichnet übrigens das Schwinden des Goldagio in Oesterreich in etwas überraschendem Besinnismus als unwahrscheinlich. Bleibt jedoch das Agio hier oder dort bestehen, ist weder Barzahlung noch erfolgreiche Regelung des intervalutarischen Kurses zwischen Deutschland und Oesterreich möglich, dann wäre der einfachste Weg: „beiderseits Erhebung der Zölle in Gold“.

Ausschließlich vom Gesichtspunkte der Währungstheorie im engsten Sinne des Wortes hat Knapp zweifelsohne recht. Mit der beiderseitigen Erhebung der Zölle in Gold ist ein fester Zollmaßstab geschaffen. 100 Zollmark sind 117,65 Zollkronen. Ganz anders stellt sich jedoch die Sache vom Standpunkt des Währungspraktikers. Besteht beispielsweise in Oesterreich ein 30prozentiges Disagio der heimischen Währung gegenüber der Währung Deutschlands, und wird vom Zentner einer beliebigen Ware in Deutschland ein Zoll von 10 Mark, in Oesterreich ein Zoll von 11,765 Kronen erhoben, so muß angenommen werden, daß diese Ware, die in Deutschland beispielsweise 100 Mark kostet, in Oesterreich nicht 117,65 Kronen, sondern (das umso mehr als im Zollbund die Warenarbitrage erleichtert ist) ungefähr 176,50 Kronen kostet. Während also die deutsche Produktion durch einen Zoll von 10 Prozent vom Werte geschützt wäre, würde unsere Produktion nur einen 6-prozentigen Wertzoll genießen. Diese Rechnung korrigiert auch die Auffassung Diehls in interessanter Weise. Das Disagio wirkt nicht nur exportfördernd und importhemmend, es mindert andererseits den Schutz durch Gewichtszölle oder Quantitätszölle. Nur wenn wir durchwegs Wertzölle hätten, wäre mit der beiderseitigen Erhebung der Zölle in Gold das Problem gelöst.

Mit den zitierten drei Schriften sind merkwürdigerweise unseres Wissens alle irgendwie beachtenswerten Publikationen zu diesem Thema, soweit sie zur Kenntnis der breiteren Öffentlichkeit gelangt sind, erschöpft. Alle drei stimmen trotz der Divergenzen letzten Endes darin überein, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, den festen Kurs zwischen unserer Währung und der Deutschlands zu sichern, soll die wirtschaftliche Annäherung das angestrebte Ziel erreichen. Wäre die Sicherung des festen Kurses untunlich, dann könnte die wirtschaftliche Annäherung die Schwierigkeiten der Lage unter Umständen noch verschärfen, dann hätte jegliche Vereinbarung über Zölle eine schwankende Unterlage. Damit ist aber auch vom Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Annäherung die Währungsfrage in den Vordergrund des Interesses gerückt. Von der Lösung dieser Frage ist sonach nicht nur unsere wirtschaftliche, sondern auch unsere politische Zukunft abhängig.

Nichts wäre verfehlter, als darum an unserer Zukunft zweifeln zu wollen. Wir stehen vor einem gigantischen Problem, aber wir werden es zu lösen wissen. Auch über dieses Problem werden schließlich die Waffen entscheiden. Das Schicksal unserer Währung wird mit dem Friedensvertrag besiegelt werden, der diesen Krieg beenden wird. Nur für Eines müssen wir schon heute Sorge tragen, daß in diesem Friedensvertrag auch die finanzpolitischen Gesichtspunkte voll zur Geltung kommen. Nicht allein auf die Höhe der Kriegsschädigung kommt es an. Um nur Eines zu erwähnen: jede Grenzregulierung beeinflusst die Zahlungsbilanz. Es genügt daher nicht, daß in den Friedensvertrag, den wir zu diktieren hoffen, auch finanzpolitische Punkte aufgenommen werden, nein, jeder einzelne Punkt, welcher Art immer, muß auch sorgfältig auf seine finanzpolitische Wirkung geprüft werden. Und darauf wollen wir uns vorbereiten. Mit jenem Engländer, den uns auch der Weltkrieg nicht entfremdet hat, müssen wir sagen: „Vereit sein ist Alles.“

*) Jena, Verlag von Gustav Fischer 1915, S. 85 u. f.

**) Band 155. „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reich und seinen Verbündeten“, herausgegeben im Auftrage des Vereines für Sozialpolitik von Dr. Heinrich Gerlner, Dunder u. Humblot, München und Leipzig 1916.